

ČSFR

Vereinbarung zunächst bis 1996. Ende 1995 soll die Kommission einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Ausdrücklich erinnerte der Brüsseler Verwaltungschef noch einmal daran, daß „die einzelstaatliche Zuständigkeit die Regel ist und die Gemeinschaftszuständigkeit die Ausnahme“. Für den täglichen Gebrauch in den Brüsseler Amtsstuben schrieben Delors' Juristen auf, was Subsidiarität bedeuten soll: „Die Gemeinschaft muß sich bei der Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten, wenn sie zwischen mehreren Aktionsmitteln wählen kann, für das Mittel entscheiden, das für Staaten, Einzelpersonen, Unternehmen am wenigsten zwingend ist.“

„Als weiter Mantel soll die Gemeinschaft alle umhüllen“, interpretierte ein Kommissionsmitglied nach Lektüre das trockene Juristenpapier. Alle Staaten sollten sich in der EG-Gemeinschaft geborgen und nicht eingengt fühlen. Doch die bestgemeinten Einheitsbekundungen konnten auch vorige Woche in Birmingham nicht alle Risse verschleiern, die manche Staaten trennen.

So bleibt das Problem ungelöst, nach welchem Mechanismus die Mitgliedstaaten von der Kommission konsultiert werden, ehe die EG-Behörde eine neue Richtlinie vorlegt. Mitterrand schwante Schlimmes: Daraus dürfe kein „permanentes Vetorecht“ der befragten EG-Länder entstehen.

Sollen die Ministerräte, wie Briten-Premier Major und der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter vorschlugen, hin und wieder auch mal öffentlich tagen? Franzosen, Italienern und Spaniern geht soviel Offenheit zuweit.

Ungewiß ist auch, unter welchen Bedingungen und wann die Dänen in einer zweiten Volksbefragung Maastricht ratifizieren wollen. Nur mit der Zustimmung aller Zwölf kann der Vertrag in Kraft treten.

Allein mit gewichtigen Zugeständnissen aus Brüssel – etwa einer Ausstiegsklausel für die Währungsunion und für eine Verteidigungsgemeinschaft – sieht Kopenhagen eine Chance, das zweite Referendum im nächsten Jahr zum Erfolg zu führen. Die Sonderwünsche der Dänen wiederum müßten in allen anderen EG-Hauptstädten akzeptiert werden. Dazu verspüren die Staats- und Regierungschefs nicht die geringste Lust. Verständlich: Denn dann würde auch in anderen Ländern der mühsam unter Kontrolle gebrachte Streit um Maastricht wieder voll ausbrechen.

Bis zum Dezember-Gipfel im schottischen Edinburgh muß deshalb Europas Oberen einfallen, wie sie zu einem anderen Vertragswerk kommen, ohne einen Buchstaben des Textes zu verändern. Ein EG-Botschafter: „Gefordert ist die Quadratur des Kreises.“

## Böhmischer Granit

Tschechen und Slowaken agieren im Scheidungsprozeß mit wachsender Härte.

Die Entscheidung des Internationalen Eishockey-Verbands traf den wunden Punkt: „Die Slowakei wird diskriminiert“, empörte sich Ministerpräsident Vladimír Mečiar. Denn im nächsten Jahr dürfen die Tschechen um die Weltmeisterschaft in der A-Gruppe

sammenbleiben stark gemacht hatte. Die Union, so Havel, würde nur „die Agonie des gemeinsamen Staates“ verlängern.

Klaus und Mečiar einigten sich auf die Schaffung einer Zollunion für die Zeit nach der Teilung am 1. Januar. Eine von Mečiar gewünschte Währungsunion lehnte Klaus ab. Die gemeinsame Währung wird noch bis Mitte 1993 in Umlauf sein. Danach soll für eine nicht näher bestimmte Zeitspanne ein fester Wechselkurs im Verhältnis 1:1 gelten.

Auf böhmischen Granit biß Mečiar mit seinem Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Tschechen und Slowaken. Davon wollen die Tschechen nichts wissen. Sie fürchten, daß so die



Ministerpräsidenten Mečiar, Klaus: „Eine Union kommt nicht in Frage“

spielen, die Slowaken aber müssen sich erst von der C-Gruppe hocharbeiten.

Zunehmend werden den Slowaken die Nachteile einer Trennung von den Tschechen bewußt. Selbst die Mehrheit der Regierungspartei „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ stimmte Anfang Oktober im Bundesparlament für die Bildung einer „Union der Tschechischen und Slowakischen Republiken“ – und brachte damit den zwischen Mečiar und dem tschechischen Premier Václav Klaus ausgeklügelten Fahrplan für die Auflösung der tschechoslowakischen Föderation gründlich durcheinander.

Erst beim Treffen der beiden Premiers in Koloděje wurden jetzt die Wogen wieder geglättet. „Eine Union, egal wie sie aussieht, kommt nicht in Frage“, bekräftigte Klaus.

Ähnlich urteilte auch Ex-Präsident Václav Havel, der sich lange für das Zu-



Zigeuner in der Slowakei: Nach der

unselige Idee einer Union gleichsam durch die Hintertür wieder zurückkehren könnte. Außerdem ist Prag besorgt, daß eine doppelte Staatsbürgerschaft die massenweise Umsiedlung slowakischer Zigeuner in die tschechischen Länder fördern könnte. Viele slowakische Zigeuner machen kein Hehl daraus, daß sie sich in einer unabhängigen Slowakei, wo der Nationalismus üble Blüten treibt, nicht gerade sicher und heimisch fühlen.

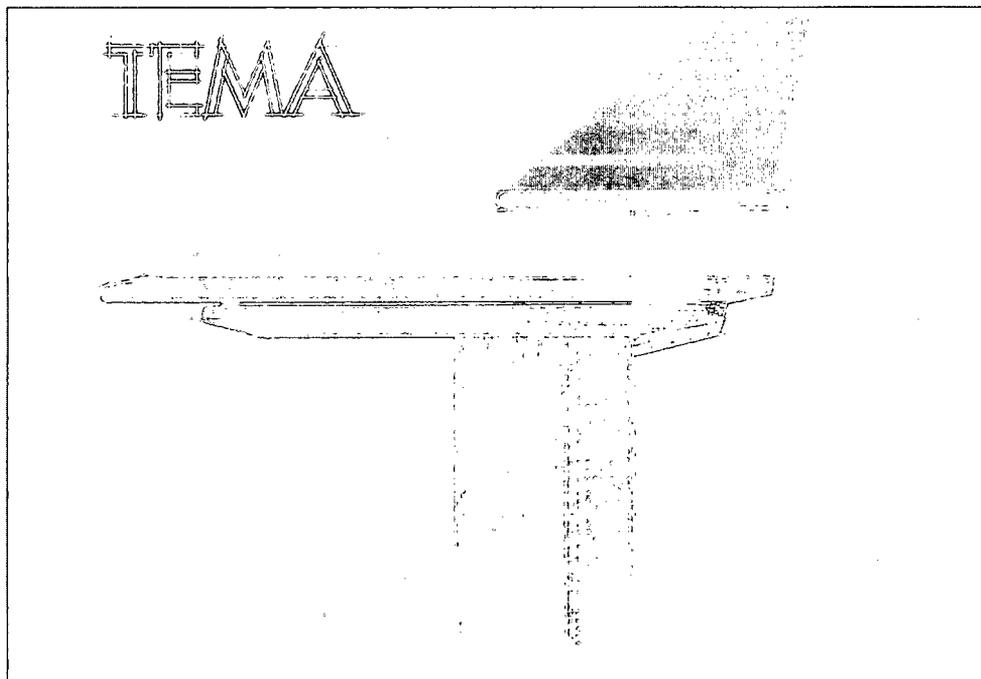
In Koloděje wurden erstmals Details der Trennung besprochen. Der kühle Rechner und eiserne Monetarist Klaus will diese so rasch und konsequent wie möglich durchziehen. Mečiar hingegen will sie mit immer neuen Manövern und Tricks hinauschieben.

Mečiar's Absicht ist klar: Der Populist hatte stets versichert, daß in einer selbständigen Slowakei die Wirtschaft einen raschen Aufschwung nehmen werde. Nun aber, da es ernst wird mit der Trennung vom tschechischen Bruder und damit auch mit der Abnabelung vom Geldfluß aus Prag, will Mečiar noch das Bundesbudget schröpfen.

Die Lage der slowakischen Wirtschaft ist ernst. Produktionsrückgang und steigende Arbeitslosigkeit sorgen für soziale Spannungen. Besonders schlimm sind davon die Braunkohlereviere von Handlová und die Rüstungsbetriebe von Martin betroffen. Kaum jemand glaubt noch, daß sich die rapide Talfahrt der slowakischen Wirtschaft nach der Trennung verlangsamen wird.

Noch explosiver ist der schwelende Konflikt mit dem Nachbarn Ungarn. Budapests Energieminister Ferenc Mádl hat der Slowakei ganz offen mit Sanktionen gedroht, falls Bratislava im Streit um das Donaukraftwerk Gabčíkovo nicht einlenken sollte. Der Abgeordnete der ungarischen Regierungspartei De-

■ Bei Entscheidungen auf höherer Ebene hängt viel vom richtigen Ambiente ab.



Unabhängigkeit nicht mehr sicher

mokratisches Forum, Péter Szél, ging noch einen Schritt weiter. Ungarn dürfe die Idee einer friedlichen Revision der Grenze zur Slowakei nicht von vornherein ad acta legen, forderte der Politiker.

Eine friedliche Festsetzung der Grenzen, so Szél, sei auch in der KSZE-Charta nicht ausgeschlossen worden. Es müsse sich die Mehrheit der Bürger der betreffenden Region dafür aussprechen. Einen Landstrich

haben die ungarischen Nationalisten auch schon fest im Visier: die Große Schüttinsel in der Slowakei, das Gebiet entlang der Donau mit den Zentren Dunajská Streda und Komárno. Dort sind die Ungarn in der Mehrheit.

Angesichts der nationalistischen Töne wäre für viele Slowaken eine gemeinsame Armee mit den Tschechen eine Beruhigung. Doch auch die werde es nach dem 1. Januar nicht mehr geben, hat Václav Klaus versichert.

**KLAUS:** Die Bevölkerung weiß genauso viel wie die Politiker. In dieser Frage gibt es keine einfachen Kalkulationen. Diese Kosten lassen sich nicht messen oder quantitativ berechnen. Es steht fest, daß wir für die Teilung einen hohen Preis bezahlen müssen, aber er läßt sich nicht mehr vermeiden. Auch wenn wir den Preis heute schon kennen würden.

**SPIEGEL:** Die Teilung wird also kommen – koste es, was es wolle?

**KLAUS:** So ist es, leider. Sie wird kommen, egal, ob das ein Prozent oder 20 Prozent des Sozialproduktes kosten wird. In dieser Hinsicht sind Zahlen ohne Bedeutung.

**SPIEGEL:** Hätte man die Teilung nicht besser vorbereiten können? Haben Sie die Entwicklung in der Slowakei nicht etwas unterschätzt?

**KLAUS:** Ich dachte immer, es sei möglich, die Föderation zu erhalten. Das war stets mein Ziel.

**SPIEGEL:** Warum denn jetzt so rasch die Trennung mit dem Datum 1. Januar 1993?

**KLAUS:** Das hat einen ganz einfachen Grund: Wir sind nicht imstande, noch

einmal ein gemeinsames Budget zu finanzieren. Das Ende dieses Jahres bedeutet auch das Ende des gemeinsamen Haushalts. Und es gibt keinen Willen, noch einmal ein gemeinsames Budget zu vereinbaren.

**SPIEGEL:** Das wird für die slowakische Wirtschaft dann aber böse Folgen haben.

# „Kein Doppelhaus“

SPIEGEL-Interview mit dem tschechischen Premier Václav Klaus

**SPIEGEL:** Sie waren lange Zeit ein hartnäckiger Verfechter des gemeinsamen Staates. Jetzt scheint es fast, als könnte es Ihnen gar nicht rasch genug gehen mit der Auflösung der Föderation.

**KLAUS:** Das ist Unsinn. Es ist fast eine Beleidigung für mich, wenn man so etwas von mir behauptet. Ich war, ich bin und ich werde stets für einen gemeinsamen Staat sein, für die Tschechoslowakei. Doch diese Option existiert leider nicht mehr. Da wir uns nun einmal in dieser Lage befinden, ist es meine Pflicht, so rasch wie möglich eine Trennung zu vollziehen.

**SPIEGEL:** Ist die Idee einer Union oder Konföderation damit endgültig tot?

**KLAUS:** Eine Union hat keine Chance. Wir wollen kein Doppelhaus, wie man das nennt. Das hat keine Zukunft, das ist eine instabile Lösung, und instabile Lösungen können wir uns nicht leisten.

**SPIEGEL:** Viele Ihrer Landsleute haben Angst davor, daß die tschechischen Länder nach der Trennung von der Slowakei unter den stärkeren Einfluß Deutschlands geraten.

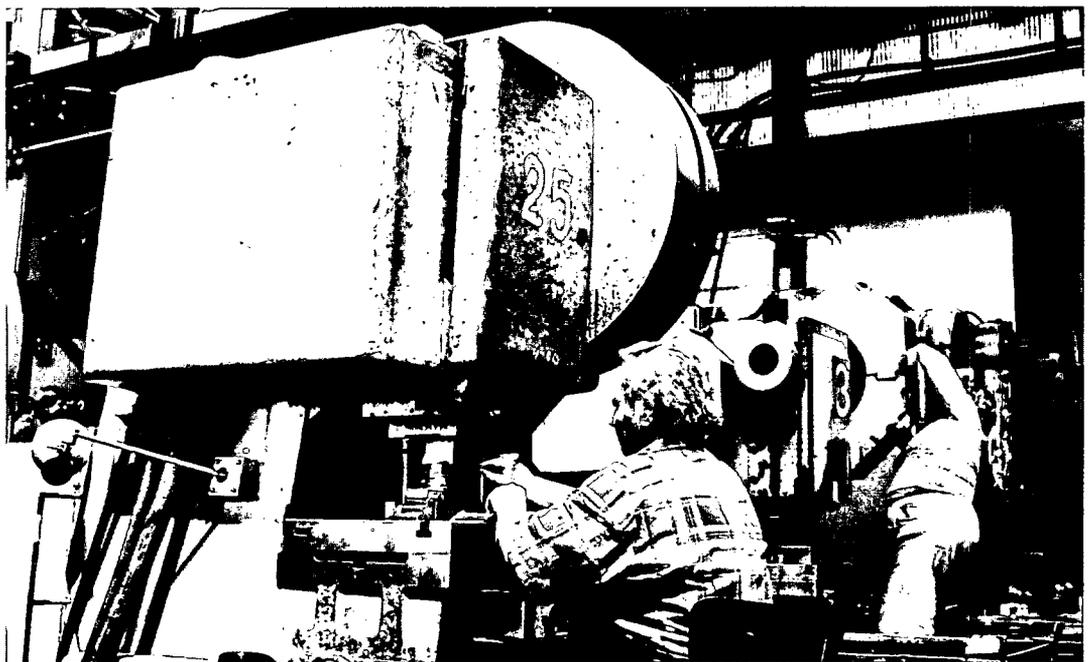
**KLAUS:** Diese Angst ist mir fremd. Wir sind im Herzen Europas und waren immer schon hier. Ich kann auch keine Veränderung oder gar Verschlechterung unserer Situation erkennen.

**SPIEGEL:** Auch wirtschaftlich fürchten Sie Deutschland nicht?

**KLAUS:** Ich spreche nie von Deutschland. Ich kann keine Anzei-

chen dafür entdecken, daß Deutschland uns aufkaufen möchte. Und was die Geschäftsbeziehungen angeht, haben wir hier ausländische Investoren, die wir auch unbedingt brauchen.

**SPIEGEL:** Die Teilung wird nicht nur der Slowakei immense Kosten aufbürden, sondern auch Ihrem Land. Ist die Bevölkerung darauf vorbereitet?



Waschmaschinenfabrik in Poprad: „Hoher Preis für die Teilung“